



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz*

---

**2010/2245(INI)**

23.3.2011

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zum Thema „Innovationsunion: Umwandlung Europas für eine Welt nach der Krise“  
(2010/2245(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Kyriacos Triantaphyllides

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unterstreicht, dass der europäische Binnenmarkt positiv zur Innovation beiträgt und dass Fortschritte hin zu einer Innovationsunion, die durch koordinierte Initiativen der Kommission und ein starkes Engagement der Mitgliedstaaten abgestützt wird, neue Chancen für die Unternehmen, insbesondere für innovative KMU, eröffnen und außerdem die Schaffung von Arbeitsplätzen und den sozialen Zusammenhalt in intensivem Masse unterstützen und neues und nachhaltiges Wirtschaftswachstum herbeiführen und die sozialen Bedürfnisse von Bürgern und Verbrauchern in der EU erfüllen wird; begrüßt den breiten strategischen Ansatz der Kommission, der sowohl nachfrage- und angebotsbasierte als auch horizontale und sektorspezifische Instrumente kombiniert, und fordert die Kommission mit Nachdruck auf, mit den einschlägigen Akteuren in einen offenen Dialog einzutreten;
2. unterstreicht die Notwendigkeit, die Finanzierung der Forschung, Entwicklung und Innovation in der EU zu fördern, zu stimulieren und sicherzustellen; unterstreicht insbesondere die Notwendigkeit, dass die KMU und die Kleinstunternehmen Zugang zu erschwinglichen Finanzmitteln haben, indem der Spielraum für die Teilnahme an verschiedenen innovativen Projekten ausgeweitet wird; unterstreicht die Notwendigkeit, Hindernisse für die grenzüberschreitende Tätigkeit von Risikokapitalfonds innerhalb eines europäischen Regulierungsrahmens zu beseitigen und die Börsennotierung von innovativen Unternehmen zu erleichtern; fordert die Kommission dringend auf, geeignete Schritte zu ergreifen, um die Funktionsfähigkeit der EU-Finanzierungsprogramme zu verbessern, indem Unternehmen belohnt werden, die innovative Projekte fördern, und die komplexen Verwaltungsverfahren vereinfacht werden; bedauert insbesondere den Mangel an Finanzmitteln für wichtige Instrumente für Forschung, Innovation und Entwicklung, die bereits angenommen worden sind, wie der Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) und das CIP-Programm; fordert die Kommission dringend auf, den Zugang für KMU und Kleinstunternehmen, die innovative Ansätze verfolgen, zu erleichtern;
3. befürwortet nachdrücklich einen Aktionsplan für ökologische Innovation mit einer Schwerpunktsetzung auf KMU und Kleinstunternehmen in städtischen und ländlichen sowie entlegenen Regionen; unterstreicht, dass die Innovation im Bereich der grünen Technologie eine Chance bietet, den Umstieg auf eine nachhaltigere Wirtschaft zu beschleunigen, und dass hochentwickelte Standards im Bereich des sozialen Schutzes sowie des Umwelt- und Verbraucherschutzes die Unternehmen sowie den öffentlichen Sektor dazu anhalten werden, innovative Lösungen für die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen zu entwickeln; fordert die Kommission dringend auf, die vorstehenden Ausführungen bei der Ausarbeitung der abschließenden Fassung der Binnenmarktakte zu berücksichtigen;
4. unterstreicht die Notwendigkeit, die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für die Stellung von Anträgen zur Inanspruchnahme der Forschungs- und Innovationsprogramme der EU zügiger voranzutreiben, um die Teilnahme der Unternehmen an von der EU

finanzierten Projekten zu steigern; stellt fest, dass die vereinfachten Verfahren die Fähigkeiten der KMU mit Blick auf die Konzeption und die Abfassung von Vorschlägen stärken werden, eine effektive und effiziente Nutzung öffentlicher Mittel gewährleisten und die Ausgabe von Mitteln für komplexe Vorschriften, eine administrative Belastung und unverhältnismäßige Kontrollen vermeiden werden;

5. unterstreicht die Rolle der Normung bei der Entwicklung innovativer Produkte; glaubt, dass die angekündigte Initiative der Kommission zur Beschleunigung und Modernisierung der Festsetzung europäischer Normen, insbesondere die Anpassungen an die speziellen Dynamiken des IKT-Sektors und die Verbesserung des Zugangs zu Normen für KMU die Innovation fördern und die KMU befähigen wird, neue Märkte zu erschließen;
6. unterstreicht die Bedeutung alternativer Finanzierungsquellen für innovative Unternehmen, die im Bereich der Forschung und Entwicklung tätig sind, insbesondere für die Finanzierung von Projekten, die darauf abzielen, die Ergebnisse der FuE in Zusammenarbeit mit Universitäten und wissenschaftlichen Zentren zu vermarkten; unterstützt insbesondere die Schaffung von gesamteuropäischen Risikokapitalinstrumenten, bei denen öffentliche und private Investitionen zusammengebracht werden, um ein effektiveres Finanzierungsumfeld für KMU mit großem Wachstums- und Innovationspotenzial zu schaffen, und ermutigt die Kommission, mit der EIB, dem EIF und Sachverständigengremien aus den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um diese Arbeit vorrangig voranzubringen;
7. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, die Bemühungen des öffentlichen Sektors zu unterstützen, innovative Ansätze festzulegen und das neue Forschungsprogramm zur Innovation im öffentlichen Sektor einzuleiten, beispielsweise in den Bereichen e-Regierung, e-Gesundheitswesen und e-Beschaffungswesen und auch bewährte Praktiken in der öffentlichen Verwaltung, die die Bürokratie abbauen und die eine bürgerorientierte Politik zum Gegenstand haben, zu verbreiten; unterstreicht die Bedeutung des öffentlichen Sektors im Hinblick auf die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in den digitalen Binnenmarkt;
8. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Behörden auf, den Einsatz des e-Beschaffungswesens und insbesondere die Nutzung von vorgewerblichen Aufträgen auch in gemeinsamer Form und auf elektronischem Wege zu fördern, wobei immer gebührend auf die Achtung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften geachtet werden muss, und dies als integralen Bestandteil der Innovationsstrategie der EU anzusehen; fordert insbesondere die Kommission auf, als Teil der allgemeinen Überprüfung des rechtlichen Rahmens für das öffentliche Beschaffungswesen die entsprechenden Regeln zu klären und zu vereinfachen und den Vergabebehörden generell die Möglichkeit zu geben, transparenteren Gebrauch von der vorgewerblichen Vergabe zu machen; fordert ebenfalls die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die transparente Einbeziehung von spezifizierten und wirklichen sozialen und ökologischen Kriterien, Kriterien des fairen Handels und innovative Kriterien in das öffentliche Beschaffungswesen zu ermutigen, ohne das aktive Engagement der KMU im Prozess der Ausarbeitung neuer und innovativer Lösungen und die Achtung der geltenden Wettbewerbsvorschriften zu untergraben;

9. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, bis zum Jahre 2015 Legislativvorschläge vorzulegen, für die für die Schaffung eines uneingeschränkt funktionsfähigen digitalen Binnenmarktes erforderlich sind, da dies die Rahmenbedingungen für die Innovation beträchtlich verbessern würde; unterstreicht, dass die Initiativen ehrgeizig sein müssen, insbesondere in Schlüsselbereichen wie Urheberrecht, e-Handel einschließlich der Verbraucherpolitik für den e-Handel und die Nutzung von Informationen des öffentlichen Sektors;
10. unterstützt nachdrücklich das Innovations- und Forschungsprogramm der EU-Kommission für kleine Unternehmen (SBIR), mit dem Herausforderungen im technologieorientierten öffentlichen Sektor ermittelt und FuE-Vorhaben zur Entwicklung neuer Lösungen sowohl für alte als auch für sich abzeichnende neue Probleme finanziert werden sollen, und fordert die Kommission auf, diesen Punkt als oberste Priorität zu behandeln;
11. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Vollendung des Binnenmarktes einschließlich von Maßnahmen zur Förderung eines digitalen Binnenmarktes in den Kern der Innovationspolitik zu rücken, da dies bessere Preise und mehr Qualität für die Verbraucher bewirken, die Entwicklung von innovativen Produkten unterstützen, die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU stimulieren und neue Wachstumsmöglichkeiten in der EU auf Leitmärkten schaffen wird;
12. begrüßt die Absicht der Kommission, die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere in Bezug auf die Rechte des geistigen Eigentums und die Entwicklung des EU-Patents zu verbessern;
13. unterstützt die Bereitschaft der Kommission, vernachlässigtem geistigem Eigentum Leben einzuhauchen; glaubt, dass ein Weg, dies zu verwirklichen, die Schaffung eines Europäischen Fonds für Patente wäre, der durch ein System von Lizenzen zugunsten europäischer Unternehmen, insbesondere innovativer KMU, Patentpools schaffen könnte;
14. unterstreicht die Bedeutung eines gut funktionierenden Gemeinschaftspatents für die Schaffung eines Binnenmarktes für Forschung und Innovation;
15. ruft die Mitgliedstaaten zur Modernisierung ihrer Bildungssysteme auf, insbesondere auf wissenschaftlichem Gebiet; ermutigt zu größerer Konsultation und zu intensiveren Partnerschaften zwischen den Unternehmen und den Universitäten, damit die im Laufe des Studiums erworbenen Kompetenzen so optimal wie möglich den Bedürfnissen der verschiedenen Wirtschaftszweige entsprechen; unterstreicht die Bedeutung einer Verbesserung der Attraktivität der europäischen Hochschulen für die Wissenschaftler und unterstützt in diesem Sinne die Fortführung der europäischen „Marie Curie“-Stipendien, die eine wichtige Rolle spielen, um die Mobilität der Forscher innerhalb der Europäischen Union zu fördern;
16. bedauert, dass Wissenschaftler noch immer mit Hindernissen in Bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer wie beispielsweise Problemen bei der Übertragbarkeit von Rentenansprüchen konfrontiert sind; unterstreicht die Notwendigkeit, ein System zu entwickeln, das die Mobilität der Forscher und Wissenschaftler zwischen den Universitäten und wissenschaftlichen Zentren in Europa aktiv fördert; unterstreicht, dass

dies die Weitergabe von Wissen stimulieren und der Innovation sowie der Entwicklung einer wissensgestützten Wirtschaft in Europa in höchstem Maße zugute kommen würde;

17. ist der Auffassung, dass Innovation und Kreativität eine Schlüsselfunktion für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Union zukommt und dass die Bedeutung einer Umsetzung der wissenschaftlichen und technologischen Durchbrüche in der Union in neue Waren und Dienstleistungen nicht unterschätzt werden darf;
18. ruft in Erinnerung, dass das Drei-Prozent-Ziel aus einem zweiprozentigen privaten und einem einprozentigen, aus öffentlichen Geldern finanzierten Teil besteht; stellt fest, dass es immer noch besondere Defizite im Bereich der privaten Forschungsausgaben gibt, die nur behoben werden können, indem das ordnungspolitische Umfeld für die Unternehmen einschließlich der KMU angepasst wird; unterstützt insbesondere die Arbeit der Kommission, einen neuen Leitindikator zu entwickeln, der auf der realen Innovationsleistung begründet ist, da dies aussagekräftiger sein würde als eine Messung der Leistung anhand zahlenmäßiger Zielvorgaben;
19. unterstreicht die Notwendigkeit, bis zum Jahre 2014 einen gut funktionierenden Forschungsraum zu verwirklichen, indem eine übergreifende Leitungsstruktur festgelegt wird, die nationalen Programme schrittweise aufeinander abgestimmt werden, die Verwaltungsvorschriften gestrafft werden und die grenzüberschreitende Mobilität von Wissenschaftlern gefördert wird;

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

|                                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|--------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Datum der Annahme</b>                                                       | 22.3.2011                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| <b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>                                          | +: 35<br>-: 0<br>0: 1                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>                | Pablo Arias Echeverría, Adam Bielan, Cristian Silviu Buşoi, Lara Comi, Anna Maria Corazza Bildt, António Fernando Correia De Campos, Jürgen Creutzmann, Christian Engström, Evelyne Gebhardt, Iliana Ivanova, Philippe Juvin, Sandra Kalniete, Eija-Riitta Korhola, Edvard Kožušník, Toine Manders, Gianni Pittella, Mitro Repo, Zuzana Roithová, Heide Rühle, Matteo Salvini, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Catherine Stihler, Kyriacos Triantaphyllides, Bernadette Vergnaud, Barbara Weiler |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>     | Damien Abad, Simon Busuttil, Cornelis de Jong, Ashley Fox, Constance Le Grip, Pier Antonio Panzeri, Antonyia Parvanova, Sylvana Rapti, Amalia Sartori                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)</b> | Michael Gahler                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |